

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd II/42

Eingesandt
Hannover, 27.5.47
28.11.11 Tel. 2 0951/52

Streiks und Demonstrationen

P.R. Berechtigung und Wirksamkeit von Streiks und Demonstrationen sind kürzlich Gegenstand von verschiedenen Erklärungen gewesen. Die Oberbefehlshaber der englischen und amerikanischen Zonen haben sich, was Deutschland betrifft, eindeutig dagegen ausgesprochen. Damit würde überhaupt nichts erreicht, im Gegenteil, die Lage nur verschlechtert. Dann hat Dr. Schumacher vom Streik als der letzten Waffe gesprochen. Diese Waffe dürfe nicht bagatellisiert werden. Als nachdrücklicher Appell ans Weltgewissen sei der Streik vertretbar, aber als Unbeherrschtheit und politisches Situationsmanöver sei er unentschuldigbar. Die Frage ist im Augenblick nur beschränkt aktuell. Das kann sich jedoch jeden Augenblick wieder ändern.

Jene alliierte Äusserung bezieht sich ausdrücklich auf das in jeder Hinsicht unfreie und unselbständige Deutschland. Die Verhältnisse in den Heimatländern von Sir Sholto Douglas und General Clay liegen ganz anders. Hier sind Streiks eine anerkannte Waffe, wenn sie nicht "wild" geführt werden und sie werden das auch in den USA nach einer möglichen endgültigen Annahme der neuen "Antistreikgesetze" bleiben. Sie gehören dort durchaus zum wirtschaftlichen Gesamtbild und sind zumeist aus den Gründen entstanden, die Schumacher für Deutschland als vertretbare Entstehungsursache abgelehnt hat. Ähnlich liegen die Dinge in den meisten anderen Ländern, in denen gestreikt wird.

Die Situation, aus der die Protestkundgebungen in der britischen Zone seinerzeit entstanden, war eine ganz andere. Eine ungeheure und unmittelbare Not, die Furcht, in Hunger und Elend buchstäblich zu verkommen, gar nicht vergleichbar gewissen angeblichen oder tatsächlichen Mißständen in anderen Ländern, war der Ausgangspunkt. Gemessen an dem Motiv hoffnungsloser Verzweiflung vollzogen sich die Aktionen eindrucksvoll ruhig. Sie waren eben "ein nachdrücklicher Appell ans Weltgewissen", und man darf vielleicht an dieser Stelle an eine andere Feststellung Schumachers er-

innern: "Ich möchte das Volk in der Welt sehen, das in einer ähnlichen Situation soviel guten Willen zur Demokratie gezeigt hätte wie Deutschland."

Der Einwand der Gegenseite, solche Kundgebungen seien schon deshalb fehl am Platze, weil der Umfang der deutschen Notlage der Militärregierung ohnehin voll bekannt sei, verkennt die psychologischen Gegebenheiten. Denn für das Objekt der Politik, das Volk, wird nicht massgebend sein, ob die für die Geschicke des Landes verantwortlichen Stellen eine Notlage kennen, sondern, wieweit sie willens oder in der Lage sind, sie zu meistern. Und selbst wenn die Bevölkerung in beiden Fällen guten Glaubens ist - tatsächlich kann sie es in dem einen Punkt nicht sein - wird man ihr im äussersten Notfall billigerweise nicht das Recht absprechen können, auch von sich aus die allgemeine Aufmerksamkeit nachdrücklich auf diesen Tatbestand zu lenken. Wenn jemand begründete Furcht hat, Verhörungen zu müssen, wird man von ihm nicht nur die kühle Überlegung erwarten dürfen, ob sein Protestschritt auch unmittelbaren Erfolg haben werde, sondern man wird auch dafür Verständnis haben müssen, dass elementare Empfindungen und Reaktionen zum Durchbruch kommen. Das wird solange der Fall sein, als Menschen nicht Rechenmaschinen sind, sondern Geschöpfe mit dem von ihrer Existenz untrennbaren Selbsterhaltungstrieb.

Hoffentlich antwortet man auf solchen Hinweis nicht mit der anderen Entgegnung, in der Ostzone sei es trotz sicher nicht besserer Lebensbedingungen bisher nicht zu Streiks gekommen. Einmal stimmt das nicht - denn Streikansätze gab es mehrfach. Sie wurden aber sofort unterdrückt. In Sachsen sind Millionen von Flugblättern verbotenerweise verbreitet worden, die die Bildung eines "Streikkomitees" verlangten. Dass grössere Streikaktionen bisher ausblieben, hängt mit dem anders gearteten politischen System in diesem Teil Deutschlands zusammen, das weiss jedermann. Gerade Gründe der Selbsterhaltung - das ist nur scheinbar widersinnig - inhibieren dort die Möglichkeit zu einem letzten Appell an Weltgewissen und Menschlichkeit. Wir können uns jedenfalls nicht denken, dass die obersten Repräsentanten der westlichen Demokratien in Deutschland sich die Argumente und Prinzipien zu eigen machen wollen, die in klarem Widerspruch zu den Grundsätzen in ihren eigenen Ländern stehen.

Die für die Haltung der Arbeitermassen verantwortlichen deutschen Stellen werden auch in Zukunft alles tun, um willkürliche Streiks oder Demonstrationen politischen Charakters zu unterbinden, denn sie wissen, dass schwere und schwerste Arbeit das deutsche Los auf lange Zeit hinaus ist. Kundgebungen aber, die nur demonstrieren, dass die letzten Voraussetzungen für diese Arbeit und damit für das einfachste Leben schwinden, kann man nicht mit der blossen Feststellung abtun, sie seien unklug und brächten nichts ein.

Bessere Erkenntnisse

Katholiken zum Problem des Sozialismus von Hans Här

Vor längerer Zeit bereits befasste sich der "Osservatore Romano", das Blatt des Vatikans, mit Beschlüssen der italienischen Sozialisten zur Frage des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat. Da die Haltung der italienischen Sozialisten in dieser Frage in Grundsatz mit der kulturpolitischen Einstellung der deutschen Sozialdemokratie sehr weitgehend übereinstimmt, verdient die Stellungnahme des Vatikans auch in Deutschland besondere Beachtung.

Die Sozialisten, so hieß es in "Osservatore Romano" leugnen die religiös-dogmatischen Grundsätze nicht, sondern gehen einfach von ihnen ab. So gebe es zwischen Katholiken und Sozialisten keine Widersprüche mehr, sondern nur Unterschiede. Die früher zwischen Sozialisten und Katholiken vorhandenen Gegensätze seien aus der Forderung nach dem laizistischen Staat entstanden, also dem Staat, dessen Einrichtungen von denen der Kirche streng getrennt sind. Heute fasse man die Laizität des Staates so auf, dass er in seinen Handeln neutral und seinem Wesen nach rein weltlich sei, mache aber den Laizismus nicht mehr zu einer Weltanschauung. Der so verstandene Laizismus sei kein Hindernis für ein christliches Wirken im Staate, wann auch freilich gewisse Gefahren vorhanden seien.

Diese römische Äusserung bestätigt, dass die politische Praxis der Sozialisten nicht "aus religiösen Gründen" angefochten werden kann. Die säuberliche Scheidung zwischen der Politik und der Religion, die von den Sozialisten immer betont und mit unbestreitbarer Toleranz eingehalten wurde, wird hier von massgebender kirchlicher Seite bestätigt. Die Sozialdemokratie hat wiederholt unterstrichen, dass die Gestaltung der Politik und der Wirtschaft "von dieser Welt" sei und mit dem seelischen Erlebnis der Religion, das "jener Welt" gelte, nicht in Widerspruch stehe; eine sozialistische Gesellschaft verwirkliche überdies ethische Forderungen des Christentums. Wenn heute trotz alledem gewisse Ewiggestrige ihre Agitation mit der "Religionsfeindlichkeit der SPD" bestreiten wollen, so müssen sie nachdrücklich auf die Stimme des "Osservatore Romano" verwiesen und belehrt werden, dass sie "päpstlicher als der Papst" sind.

Dieser Fortschritt in der Erkenntnis, der hier eingetreten ist, kann ebenso bei der Beurteilung ökonomischer Meinungen des Sozialismus durch positiv christliche, auch katholische Forscher beobachtet werden. Der katholische Sozialethiker Dr. Paul Jostock hat in seinen bei Herder erschienenen "Grundzügen der Soziallehre und der Sozialreform" Erkenntnisse Raum gegeben, die früher von bürgerlich-christlicher Seite verkertzt und als Tendenzen der Auflösung abgetan wurden. Zu den oft missverstandenen und missdeuteten Problemen des Klassenkampfes, der ja von den Sozialisten nicht gefördert, sondern als ökonomische Tatsache festgestellt wird und durch eine klassenlose Gesellschaft abgelöst werden soll, schreibt Jostock z.B.: "Die Frage, wie Klassenbildung und Klassenkampf vom Standpunkt der Gemeinschaft und der Sittlichkeit aus zu beurteilen seien, wird von Moralisten nicht mehr einfach negativ beantwortet." Und an anderer Stelle: "Wo immer unter dem Druck einer Klasse das Gemeinwohl verbessert, vor allem ein Unrecht getilgt und die Gemeinwohl-Gerechtigkeit erhöht wird, liegt eine gute und verdienstliche Funktion der Klasse vor."

Von den Angehörigen des Mittelstandes wird in dem Buche gesagt: "Die Furcht vor dem Sozialisierungsgespent trieb sie gelegentlich allzuweit nach rechts, wo die kapitalistischen Monopolsmächte sie bereitwillig mit schönen Gesten empfangen und vor ihren Wagen spannten. Die ideologische Verblendung, die wie ein feiner Dunst über diesen spätkapitalistischen Jahrzehnten liegt, und von raffinierten Verneblungsma-

schienen wie z.B. der ehemaligen Hugenbergprozesse, ständig neu erzeugt wird, liess die Erkenntnis nicht zu, dass das Grosskapital nicht der Freund, sondern eher der ärgste Feind des Mittelstandes ist."

Bedeutungsvoll sind auch jene Ausführungen des Buches, die sich mit der oft zitierten "Heiligkeit des Besitzes" beschäftigen und angesichts der Diskussion über Sozialisierung und Bodenreform besondere Aktualität gewinnen: "So sehr wir immer an der grundsätzlichen Anerkennung und Verletlichkeit des "Privateigentums" festhalten, so müssen wir betonen, dass privates Recht auch hier im gegebenen Fall den dringlichen Bedürfnissen der Gesamtheit weichen muss, wenn ein anderer Weg zu der Befriedigung nicht offensteht. Das folgt ohne weiteres aus der Überordnung des Gemeinwohls über das Privatwohl."

Leider sind solche Thesen christlicher Sozialethiker noch nicht Gemeingut der christlich-sozialen Aufklärungsarbeit geworden, wie sie von der Tagespresse der sich auf das Christentum besonders aufdringlich berufenden Parteien nur allzu oft betrieben wird. Das gerade ist das Bedauerliche, dass von dieser Seite so oft in, man muss schon sagen peinlich pharisäerhafter Weise, christliche Grundsätze für sich selbst in Anspruch genommen, den politischen Gegenspieler aber bestritten werden, obwohl zu solchem Hochmut, wie die Praxis der täglichen Bewahrung oder Nichtbewahrung christlicher Auffassung und Lehrsätze zeigt, nicht der geringste Anlass vorliegt.

Gefahren des Regimes

Von der innenpolitischen Krise in Frankreich
 Von unserem französischen Korrespondenten Alfred Frisch

Dieser Bericht wurde vor dem Eintritt der neuesten sozialpolitischen Ereignisse in Frankreich abgeschickt. Er ist dadurch aber nicht überholt, sondern nur stärker akzentuiert. Die Redaktion.

Man spricht in Frankreich von einer neuen Krise des Regimes, das sowohl auf seiner Linken als auch auf seiner Rechten ernstlich gefährdet sei. Diese Annahme, die hauptsächlich von den Gegnern der Republik verbreitet wird, ist bewusst pessimistisch und übertrieben. Gewisse innerpolitische Gefahren sind aber bereits in diesen Tagen sichtbar geworden.

Das Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung schaffte eine Opposition zur Linken. Es ist kein Geheimnis, dass die Kommunisten die Gewerkschaften beherrschen. Nun sind aber in Frankreich zur Zeit die Gewerkschaften der bedeutendste politische Machtfaktor. Die Lage mag uns kritischer erscheinen, als die Kommunisten gerade wegen ihrer Missbilligung der offiziellen Preis- und Lohnpolitik die Regierung Ramadier verlassen haben.

Den steht jedoch die Erklärung der kommunistischen Politiker gegenüber, dass sie selbst in der Opposition die Gesamtinteressen des Landes nicht ausser Acht lassen werden und dass ihnen nichts ferner liegt als die Provokation eines Generalstreikes. Die Kommunisten wissen, dass die Arbeiterklasse aus einer allgemeinen wirtschaftlichen Unordnung und einer gesteigerten Inflation keinen Nutzen ziehen kann. Ausserdem bedeutet der Generalstreik eine gefährliche Kraftprobe, zu der man nur im Aussersten entschlossen ist. Der allgemeine Gewerkschaftsbund (C.G.T.) erfasst höchstens drei Viertel der Arbeiterschaft, der Rest ist in den christlichen Gewerkschaften organisiert. Innerhalb der C.G.T. befindet sich eine sozialistische Minderheit, so dass die Kommunisten im Ernstfall nur etwas mehr als die Hälfte der Arbeiter in Bewegung setzen können. Dazu kommt, dass gerade jetzt eine beträchtliche Zahl Gewerkschaftsmitglieder mit ihrer kommunistischen Führung, die neuerdings durch Duclos einen scharfen Vorstoss gegen Ramadier unternahm, unzufrieden sind. Die Vermengung von Politik und Gewerkschaftsinteressen kann auf die Dauer nur zu ungunstigen Ergebnissen führen.

Die Gefahr von der Rechten könnte eine ernstere Bedrohung der Republik und der Demokratie in Frankreich darstellen. Ihr Mittelpunkt ist der General de Gaulle. Die Kreise von den Kommunisten bis zu den Volksrepublikanern sind sich darüber klar, dass der Erfolg der von General auf die Füße gestellten politischen Bewegung zur Errichtung eines autoritären Regimes führen muss.

Welche Ziele verfolgt General de Gaulle? Er sieht die Ursachen der Schwierigkeiten Frankreichs weniger in den Verwüstungen des Krieges und den rein wirtschaftlichen Problemen der Versorgung, der Rentabilität, usw. als in der neuen Verfassung, die den Parteien seines Erachtens zu viel Macht überträgt. Er verlangt eine Stärkung der Exekutive und das Recht für die Regierung, ihre etwaigen Differenzen mit dem Parlament dem Volke auf dem Wege des Plebiszites zur Entscheidung zu unterbreiten. Es mag sein, es ist sogar wahrscheinlich, dass dem General jede diktatorische Absicht fern liegt. Aber praktisch bedeutet seine Bewegung, die keine Partei sein will und sich "Sammlung des französischen Volkes" nennt, den ersten Schritt zur Diktatur. Es kann sich nur im Kampfe gegen die bestehenden Parteien durchsetzen, d.h. es muss die verschiedenen demokratischen Parteien durch eine Einheitspartei ersetzen.

Wir wissen zur Genüge, wohin es ein Land führt. Eine Einheitspartei steht im Widerspruch zur Demokratie. Die politischen Parteien sind die natürlichen Werkzeuge einer demokratischen Staatsordnung. Man mag ihre Schwächen oder Fehler kritisieren. Wenn man jedoch ihre Existenz in Frage stellt, wird man zwangsläufig zum Totengräber der Demokratie und der Freiheit. Das französische Volk hat die Ergebnisse der autoritären Systeme klar genug erkannt - und an seinem eigenen Leibe erfahren - um selbst die sogenannte demokratische Unordnung der diktatorischen Unterordnung vorzuziehen.

Es ist daher nicht erstaunlich, dass die gaullistische Überpartei in Frankreich nicht den von ihr erwarteten Anklang gefunden hat. Die Kommunisten, Sozialisten und Volksrepublikaner haben ihren Mitgliedern den Beitritt unter sagt. Die Radikalsozialisten sind misstrauisch und abwartend, haben jedoch ihren Mitgliedern vorläufig freie Hand gelassen. Allein die äußerste Rechte, d.h. die Republikanische Freiheitspartei, verstärkt durch den kleinen konservativen Flügel der Volksrepublikaner, billigt vorbehaltlos die Initiative des Generals. Und diese Unterstützung bedeutet für ihn gleichzeitig politisch und sozial gesehen eine erhebliche Belastung. Es wäre ungerecht, General de Gaulle einen Reaktionsär zu nennen, aber seine eifrigsten Propagandisten sind es ohne Zweifel.

Trotz dem hohen persönlichen Ansehen des Generals, dessen Verdienste von den Massen nicht so schnell vergessen werden, sind die Erfolgsaussichten seiner neuen Bewegung gering. Frankreich will keine politischen Experimente, es will kein Spiel mit dem Feuer des autoritären Staates. Allein eine bis an die Grenze des Chaos anwachsende politische und wirtschaftliche Unordnung könnte den General an die Macht bringen. Diese Tatsache ist den Kommunisten nicht unbekannt.

The wips - die Regissaure des Unterhauses.

Die bevorstehende Erhebung William Whiteleys, des "Regierungs-whips" im englischen Unterhaus, in den Adelsstand und damit sein Einzug ins House of Lords, lässt die Frage der Bedeutung der "whips" im englischen Parlamentsleben einer näheren Beleuchtung wert erscheinen.

Das englische Parlamentsleben kennt viele Eigenheiten und Institutionen, die in anderen Ländern ungebrauchlich sind, aber hohen Wert

besitzen. Zu ihnen gehören die "whips" oder die "Zusammentrommler", wie man sie vielleicht am besten ins Deutsche übersetzt. Sie sind sozusagen die Regisseure des Parlaments und können das Hauptverdienst für sich in Anspruch nehmen, wenn die Parlamentsmaschine im Mutterland der Demokratie glatt und reibungslos läuft. Zwar hat, wie alles auf der Welt, auch das "Whip-System" seine Schwächen und Mängel. Aber im grossen Ganzen hat es sich glänzend bewährt und es ist vielleicht nicht unbegründet, wenn man als Ursache für das Versagen so vieler kontinentaler Parlamente das Fehlen eines gut funktionierenden "Whip-Systems" ansieht.

Die "Whips" tragen nur inoffiziellen Charakter, besitzen aber schier autokratische Machtvollkommenheiten und geniessen uneingeschränktes Vertrauen bei den Abgeordneten. Jede Partei hat ihren eigenen "whip" und einen stellvertretenden "whip" und einem jeden von ihnen steht im Parlament ein besonderer Raum zur Verfügung. Wenn das Parlament tagt, geben die "whips" täglich, sowie jeweils am Wochenende, Merkblätter an die Mitglieder ihrer Parteien heraus, in denen ihnen das Beratungsprogramm für den nächsten Tag mitgeteilt wird und durch die sie auf besonders wichtige und interessante Punkte der Tagesordnung hingewiesen werden. Aus ihnen ersehen die einzelnen Abgeordneten auch, ob ihre Anwesenheit im Parlament dringend erforderlich ist oder nicht. Ist ein Punkt dreimal unterstrichen, so bedeutet das "Alle Mann an Bord" oder mit anderen Worten: Alle Parteimitglieder müssen der Sitzung beiwohnen, um an einer eventuellen Abstimmung teilnehmen zu können. Die "whips" fungieren bei Abstimmungen entweder als Zähler für ihre Partei, oder als Regierungswhips, wenn es sich bei dem gerade zur Diskussion stehenden Thema um einen Regierungsantrag handelt oder um einen Vorschlag, den die Regierung ablehnt. Selbstverständlich arbeiten die "whips" mit dem Sprecher des Hauses engstens zusammen, aber auch untereinander herrscht bei den "whips" der einzelnen Parteien ein ausgesprochen freundschaftliches Verhältnis. Sie schließen keine Komplote gegeneinander, wie man vielleicht irrtümlicherweise anzusehen geneigt wäre, und warten auch nicht auf ein günstiges Moment, um sich gegenseitig "abzuschliessen". Im Gegenteil. Die "whips" sorgen in gemeinschaftlichen Beratungen dafür, dass alles programmgemäss verläuft, dass keine überflüssig langen Debatten über einen Punkt entstehen, der nur von untergeordneter Bedeutung ist, und wachen darüber, dass die Abgeordneten nicht zu weit von eigentlichen Themen abschweifen und die Debatten auf ein fremdes Geleis schieben.

Wer sich mit ihnen gut versteht, hat das nicht zu bereuen. Strebt beispielsweise ein Abgeordneter des Unterhauses eine Peerwürde an, - und deren sind menschlich verstandlich nicht wenige - so werden ihn die "whips", die zumeist auch eine wichtige Rolle bei Vorschlägen für Ehrungen und Auszeichnungen spielen, sicherlich nicht vergessen. Vor allen aber nicht, wenn er als Abgeordneter seiner Partei und seinem Vaterland jahrelang treu und verantwortungsbewusst gedient hat, wie man es von einem Abgeordneten erwartet. (m/BIO/275/1/ju)

Der Parteivorsitzende der Labour Party, Luftfahrtminister Noel Baker erklärte in Margate u.a.:

"Die Labour Party ist zur Partei des Volkes geworden. Ihr Kampf geht darum, im Interesse aller den nationalen Reichtum zu erhöhen"

Verantwortlich: i.V. Peter Raunau, Hannover